



ABSTIMMUNGSDOSSIER

26. SEPTEMBER 2021

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

Übersicht über die Abstimmung im Parlament, die Parolenempfehlung der Geschäftsleitung (GL) und den Beschluss der Delegiertenversammlung (DV):

**Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern»
(99%-Initiative)**

Fraktion:
GL 01.07.21:
DV 21.08.21:

Ja (1 Nein)
Ja

**Änderung des Schweizerischen
Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)**

Fraktion:
GL 01.07.21:
DV 21.08.21:

Ja (einstimmig)
Ja

JA ZUR 99%-INITIATIVE

Folgende Textelemente **sind zur Veröffentlichung vorgesehen** und dürfen von Sektionen der GRÜNEN frei verwendet werden:

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Dank der 99%-Initiative werden Kapitaleinkommen zukünftig stärker besteuert. Die daraus resultierenden Einnahmen kommen Personen mit tiefem oder mittlerem Einkommen zugute.
- Die Initiative führt zu mehr Steuergerechtigkeit und zu einer gleichmässigeren Vermögensverteilung. Das ist auch nötig, denn heute besitzen 1,9 Prozent der Bevölkerung die Hälfte aller Vermögen.
- Dank der Initiative werden Personen mit tiefen oder mittleren Einkommen finanziell entlastet, denn die zusätzlichen Einnahmen werden z.B. mittels Prämienverbilligung an die Bevölkerung zurückverteilt.

DARUM GEHT'S

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» («99%-Initiative») verlangt, dass Kapitaleinkommen stärker besteuert werden. Die daraus resultierenden Einnahmen sollen Personen mit tiefem oder mittlerem Einkommen zugute kommen. Konkret sollen Kapitaleinkommen über einem noch zu definierenden Betrag, denkbar sind beispielsweise 100'000 Franken, im Umfang von 150 Prozent besteuert werden – statt zu 100 Prozent wie bisher. Die Rückverteilung dieser Einnahmen kann über verschiedene Kanäle erfolgen: z.B. über die Senkung der Einkommenssteuern für Personen mit mittlerem Einkommen oder über höhere Prämienverbilligungen.

Die Schweiz gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt, doch auch bei uns besteht ein zunehmendes wirtschaftliches Ungleichgewicht. Dafür verantwortlich ist insbesondere die immer ungleichere Vermögensverteilung. Allein zwischen 2003 und 2015 ist das Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung um fast 43 Prozent gestiegen. Gleichzeitig sind beispielsweise die Krankenkassenprämien für einen erheblichen Teil der Bevölkerung – mittlerweile auch für weite Teile des Mittelstands – zu einer hohen Belastung geworden: Die von den Versicherten bezahlten Prämien steigen seit Jahren deutlich stärker als das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen. Dank der gerechteren Besteuerung hoher Einkommen wird zukünftig mehr Geld zur Verfügung stehen, um Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen finanziell zu entlasten.

GRÜNE HAUPTARGUMENTE

DIE INITIATIVE FÜHRT ZU MEHR STEUERGERECHTIGKEIT

Obwohl das Gesamtvermögen in der Schweiz stetig zunimmt, ist der Wohlstand zunehmend ungleich verteilt. Heute besitzen 1,9 Prozent der Bevölkerung die Hälfte aller Vermögen. Seit der Jahrtausendwende haben hohe Einkommen zudem deutlich stärker von Steuersenkungen profitiert als Haushalte mit mittleren Einkommen. Während die hohen Einkommen überdurchschnittlich stark gestiegen sind, tragen diese heute also weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens und des Service Public bei.

Indem Kapitaleinkommen – also z.B. Dividenden oder Zinserträge – zukünftig höher besteuert werden, sorgt die Initiative für mehr Steuergerechtigkeit und trägt zu einer

gleichmässigeren Vermögensverteilung bei. Dank eines Freibetrags ist sichergestellt, dass Kleinsparer*innen oder Altersrenten nicht von der Initiative betroffen sind.

DIE INITIATIVE KOMMT PERSONEN MIT TIEFEN UND MITTLEREN EINKOMMEN ZUGUTE

Dank der Initiative steht zukünftig mehr Geld zur Verfügung, welches an Personen mit tiefen und mittleren Einkommen zurückverteilt wird. Mit den zusätzlichen Einnahmen kann beispielsweise die Steuerbelastung von Personen mit mittleren Einkommen gesenkt oder auch die Prämienverbilligung oder die Finanzierung der familienexternen Kinderbetreuung ausgebaut werden. Damit profitiert ein Grossteil der Bevölkerung von einer tieferen finanziellen Belastung und von besseren staatlichen Leistungen.

DIE INITIATIVE KANN FLEXIBEL UMGESETZT WERDEN

Die Initiative erlaubt dem Parlament eine hohe Flexibilität in der Umsetzung. Damit kann sichergestellt werden, dass z.B. Kleinsparer*innen oder Altersrenten nicht von der Initiative betroffen sind und dass die zusätzlichen Einnahmen denen zugutekommen, die wirklich darauf angewiesen sind.

WEITERE INFORMATIONEN

- Beratung im Parlament: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
 - Abstimmung im Parlament: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
 - Bundesbeschluss: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
-

JA ZUR EHE FÜR ALLE

Folgende Textelemente **sind zur Veröffentlichung vorgesehen** und dürfen von Sektionen der GRÜNEN frei verwendet werden:

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

- Love is love – endlich will die Schweiz anerkennen, dass es egal ist, welches Geschlecht die Liebe hat. Mit der Ehe für alle würden allen Paaren dieselben Rechte und Pflichten zustehen, unabhängig vom Geschlecht.
- Die GRÜNEN als Avantgarde der Gleichstellung vertreten diese Position seit weit über 20 Jahren. Es ist höchste Zeit, dass das Heiraten in unserer vielfältigen und bunten Gesellschaft für alle Geschlechter möglich ist. In einer progressiven Allianz werden wir die Schweizer Bevölkerung davon überzeugen, obwohl die Rechtskonservativen den Wandel weiterhin nicht wahrhaben wollen.
- Auch gute Eltern zu sein, hat nichts mit dem Geschlecht zu tun. Deshalb ist es richtig, dass die Fortpflanzungsmedizin für Frauen*paare zugänglich wird.

DARUM GEHT'S

Das Prinzip der «Ehe für alle» ist simpel: Paaren aller Geschlechter sollen genau die gleichen Rechte und Pflichten zustehen wie heterosexuellen Paaren. Vor über 20 Jahren forderte die damalige grüne Nationalrätin Ruth Genner [in einem parlamentarischen Vorstoss](#) als erste die «Ehe für alle» in der Schweiz. In vielen weiteren Ländern haben grüne Vorreiter*innen die Öffnung der Ehe vorangetrieben. Inzwischen ist die Idee in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie ist in Europa fast überall eingeführt, während in der Schweiz weiterhin nur die diskriminierende «Eingetragene Partnerschaft» möglich ist.

Aufgrund einer erneuten [Parlamentarischen Initiative](#) diskutierte das eidgenössische Parlament ab 2015 wieder über die Einführung der Ehe für alle. Im Dezember 2020 war es endlich soweit: Eine grosse Mehrheit des Parlaments setzte sich durch gegen die SVP-Fraktion und einige konservative Mitte-Politiker und beschloss die Änderung des Zivilgesetzbuches. Gegen diesen Entscheid ergriffen die rechtsbürgerlichen Kräfte das Referendum, weshalb es nun zur Volksabstimmung über die Ehe für alle kommt.

GRÜNE HAUPTARGUMENTE

LOVE IS LOVE!

Egal, welches Geschlecht. Für uns zählt jede Liebe gleich viel, und deshalb stehen allen die gleichen Rechte zu. Gleichgeschlechtliche Liebe ist längst gelebter Alltag und soll im Zivilstandsregister genau gleich abgebildet sein wie diejenige von heterosexuellen Paaren. Die «Ehe für alle» ist die logische Konsequenz des gesellschaftlichen Wandels. Als eines der letzten europäischen Länder muss die Schweiz dringend nachziehen und die Ehe öffnen für alle Paare.

DIE EINGETRAGENE PARTNERSCHAFT ERSETZEN

Die «Eingetragene Partnerschaft» ist ein veraltetes, diskriminierendes Ehe-Ersatzmodell und muss ersetzt werden. Sie enthält gleichgeschlechtlichen Paare gewisse Rechte vor, die an eine Ehe gebunden sind (Einbürgerung, Adoptionsrecht, Sozialversicherungen). Zudem diskriminiert der Zivilstand der Eingetragenen Partnerschaft die Träger*innen, weil sie automatisch und jedes Mal «geoutet» werden, wenn sie ihren Zivilstand in ein Formular einfüllen.

FORTPFLANZUNGSMEDIZIN FÜR FRAUEN*PAARE

Mit dem neuen Gesetz erhalten Frauen*paare Zugang zu den Verfahren der Fortpflanzungsmedizin (mindestens zu Samenbanken in der Schweiz). Von Geburt an verfügt ein Kind damit über zwei Elternteile, während gleichzeitig sein Recht gewahrt bleibt, seine Abstammung in Erfahrung zu bringen. Die Elternschaft soll allen Paaren offenstehen, weil gute Eltern zu sein nichts mit dem Geschlecht zu tun hat. Denn Kinder brauchen liebevolle Bezugspersonen, und das hängt nicht vom Geschlecht ab.

WEITERE INFORMATIONEN | POUR EN SAVOIR PLUS

- Beratung im Parlament: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
 - Abstimmung im Parlament: [Nationalrat](#), [Ständerat](#)
 - Bundesbeschluss: [deutsch](#), [français](#), [italiano](#)
-